Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/310

Sachgebiet 412

Vorblatt

Vertrag Bundesrepublik Deutschland/ Demokratische Republik Kongo über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (Gesetzentwurf der Bundesregierung)

A. Problem

Die Anlage privaten deutschen Kapitals in der Demokratischen Republik Kongo soll gefördert werden.

B. Lösung

Deshalb hat die Bundesrepublik Deutschland mit der Demokratischen Republik Kongo einen völkerrechtlichen Vertrag geschlossen, der den notwendigen Rechtsschutz regelt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/310

Sachgebiet 412

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
III/1 — 31109 — Ka 5/69

Bonn, den 27. Januar 1970

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. März 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Kongo über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages, der zugehörige Briefwechsel und eine Denkschrift zum Vertrag sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 347. Sitzung am 23. Januar 1970 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Brandt

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. März 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Kongo über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 18. März 1969 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Kongo über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem Protokoll zum Vertrage und dem Briefwechsel vom gleichen Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 7, soweit diese sich auf die Luftfahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Kongo über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Traité entre la République Démocratique du Congo et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

IN DER ERKENNTNIS, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren —

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandeln als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 kann die Demokratische Republik Kongo zum Ausgleich der tatsächlichen Ungleichheiten zwischen deutschen und kongolesischen Investoren ihren Staatsangehörigen Kredite und Steuervergünstigungen bevorzugt gewähren, soweit diese Vorteile den Wettbewerb und die Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

LA RÉPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE DU CONGO
et
LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

DÉSIREUSES d'approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

SOUCIEUSES de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants ou des sociétés de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre Etat et

RECONNAISSANT qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux nations —

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article 1er

Chaque Partie Contractante encouragera dans la mesure du possible l'investissement de capitaux sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante et admettra ces investissements en conformité de sa législation. Elle traitera les investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

Article 2

(1) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les investissements dont des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante sont propriétaires ou qui sont soumis à leur contrôle, à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou aux investissements des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

(2) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne l'activité qu'ils exercent en connexion avec des investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants et sociétés ou à des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

(3) En dérogation aux paragraphes 1 et 2 de cet article, la République Démocratique du Congo pourra dans le souci de corriger des inégalités de fait entre investisseurs allemands et congolais consentir à ses ressortissants l'octroi préférentiel des crédits ou des avantages fiscaux dans la mesure où ces avantages ne nuisent pas à la concurrence et à la compétitivité.

Article 3

(1) Les investissements de ressortissants ou de sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar sein und unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige und Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch eine bewaffnete Auseinandersetzung, eine Revolution, einen Aufruhr oder eine andere Katastrophe im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Schäden an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Kapitalanlagen den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den Transfer des Kapitals, der Erträge, und, im Falle der Enteignung, den Transfer der Entschädigung. Im Falle der Liquidation wird nur der Transfer des Kapitals gewährleistet; hierzu gehören die wiederangelegten Erträge, nicht jedoch etwaige weitere Erlöse.

(2) Hinsichtlich der Zahlungen nach Artikel 3 Absatz 3 gilt für den etwaigen Transfer des Betrages, der an die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer der beiden Vertragsparteien ausgezahlt wird, die Meistbegünstigung.

Artikel 5

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet des Artikels 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Sie erkennt ferner das Recht der erstgenannten Vertragspartei an, die Rechte und Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften, in die sie eingetreten ist, in vollem Umfang auszuüben. Für Zahlungen, die auf Grund übertragener Rechte und Ansprüche zu leisten sind, gilt ebenfalls Artikel 4.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs ist der amtliche Kurs, den die Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist ein Paritätswert (par value) mit dem Internationalen

(2) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante ne pourront être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie Contractante que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur de l'investissement exproprié, être effectivement réalisable et versée sans délai. Au moment de l'expropriation, au plus tard, il sera pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les ressortissants et sociétés d'une Partie Contractante, dont les investissements auraient subi des dommages par l'effet d'un conflit armé, d'une révolution, d'une émeute ou d'une autre catastrophe sur le territoire de l'autre Partie Contractante, bénéficieront de la part de cette dernière, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants ou sociétés.

(4) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 4

(1) Chaque Partie Contractante garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante le transfert du capital investi, du revenu de ce capital et, en cas d'expropriation, le transfert du montant de l'indemnité. En cas de liquidation, seul est garanti le transfert du capital investi, les revenus réinvestis compris, à l'exclusion des plus-values éventuelles.

(2) En ce qui concerne les versements prévus à l'article 3, paragraphe 3, le transfert éventuel du montant versé aux ressortissants ou aux sociétés de l'une des deux Parties Contractantes sera régi par la clause de la nation la plus favorisée.

Article 5

Sans préjudice des dispositions de l'article 10, si une Partie Contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante, effectue des versements à ses propres ressortissants ou sociétés, l'autre Partie Contractante reconnaîtra la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ces ressortissants ou sociétés à la première Partie Contractante. Elle reconnaîtra également le droit à l'autre Partie Contractante d'exercer par l'effet de cette subrogation la plénitude des droits et revendications desdits ressortissants ou sociétés. Les versements à effectuer en vertu des droits et revendications transmis sont régis, eux aussi, par les dispositions de l'article 4 du présent Traité.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'auront pas conclu d'arrangement contraire approuvé par les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au titre de l'article 4 ou de l'article 5 seront effectués sans délai et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est le cours officiel que la Partie Contractante a fixé pour sa monnaie par rapport au dollar US, à toute autre monnaie librement convertible ou à l'or. Si une valeur paritaire (par value) est convenue avec le Fonds Monétaire Inter-

Währungsfonds vereinbart, so ist der Kurs nach diesem festzusetzen und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Ist weder ein amtlicher Kurs festgesetzt und ist in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung auch kein Paritätswert (par value) mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

(4) Wie bereits in Absatz 1 erwähnt, bezieht sich der zur Anwendung kommende Kurs auf den jeweils am Tage des Transfers gültigen Kurs; eine allgemeine Wechselkursgarantie der beiderseitigen Zentralbanken ist aus diesem Artikel nicht abzuleiten.

national, le cours sera fixé selon cette valeur et ne devra pas dépasser la marge d'oscillation admise aux termes de la Section 3 de l'Article IV de l'Accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) S'il n'a pas été fixé de cours officiel et s'il n'a pas été convenu non plus de valeur paritaire (par value) avec le Fonds Monétaire International pour une Partie Contractante à la date du transfert, les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle le capital est investi admettront un cours de change qui est juste et équitable.

(4) Comme il a déjà été mentionné au paragraphe 1, le cours de change applicable se rapporte au cours en vigueur à la date du transfert; on n'entend pas par le présent article une garantie générale du cours de change de la part des deux banques centrales.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit, als sie günstiger ist, vor.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen gegenüber Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei übernommen hat.

Article 7

(1) S'il résulte de la législation de l'une des Parties Contractantes ou d'obligations internationales, existant actuellement ou qui seront fondées à l'avenir entre les Parties Contractantes en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière qui accorde aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation primera le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

(2) En matière d'investissements chaque Partie respectera sur son territoire toute autre obligation qu'elle aura contractée vis-à-vis des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie.

Artikel 8

(1) Im Rahmen dieses Vertrages bezeichnet der Ausdruck „Kapitalanlage" alle materiellen und immateriellen Werte eines zugelassenen Unternehmens. Diese Werte sind insbesondere:

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Pfandrechte oder dergleichen;
b) Anteilrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und good will;
e) öffentlich-rechtliche Konzessionen, einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzession.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge" bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteil oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

b) in bezug auf die Demokratische Republik Kongo:

Personen, die nach den Rechtsvorschriften über die kongolesische Staatsangehörigkeit Kongolesen sind.

Article 8

(1) Dans le cadre du présent Traité, le terme « investissement » désigne l'ensemble des valeurs corporelles et incorporelles d'une entreprise agréée. Ces valeurs sont notamment:

a) la propriété de biens meubles et immeubles ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques, droits de gage etc.;
b) les droits de participations à des sociétés et autres sortes de participation;
c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des prestations présentant une valeur économique;
d) les droits d'auteur, droits de propriété industrielle, procédés techniques, noms commerciaux et good will;
e) les concessions de droit public, y compris les concessions de recherche et d'exploitation.

Les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissement.

(2) On entend par « revenu du capital » les montants versés à titre de bénéfice ou d'intérêt sur des investissements pour une période déterminée.

(3) On entend par « ressortissants »

a) en ce qui concerne la République Démocratique du Congo:

les personnes jouissant de la qualité de Congolais conformément aux dispositions législatives sur la nationalité congolaise;

b) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

b) in bezug auf die Demokratische Republik Kongo:

Jede juristische Person oder jede Organisation, die nach den einschlägigen Rechtsvorschriften der Demokratischen Republik Kongo gegründet ist.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für die vor seinem Inkrafttreten im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei bestehenden Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei, sofern ein entsprechender Antrag ausdrücklich gestellt und genehmigt worden ist. Die betreffende Vertragspartei wird solche Anträge wohlwollend prüfen. Das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden bleibt unberührt.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitgliedes sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(4) On entend par « sociétés »

a) en ce qui concerne la République Démocratique du Congo:

toute personne morale ou toute organisation constituée selon la législation de la République Démocratique du Congo en la matière;

b) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et constituée légalement en conformité de la législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non.

Article 9

Les dispositions du présent Traité sont également applicables aux investissements des ressortissants ou sociétés de l'une des deux Parties Contractantes existant sur le territoire de l'autre Partie Contractante avant l'entrée en vigueur du présent Traité à condition d'en demander et d'en obtenir expressément le bénéfice. La Partie intéressée examinera avec bienveillance les demandes de ce genre. Cette disposition ne porte pas atteinte à l'Accord du 27 février 1953 relatif aux Dettes extérieures de l'Allemagne.

Article 10

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent, si possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie Contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il incomberait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de l'arbitre qu'elle a nommé ainsi que les frais de sa défense dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

Article 11

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt — vorbehaltlich der Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Demokratischen Republik Kongo innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 12

Sous réserve des dispositions du paragraphe 7 du Protocole relatives à la navigation aérienne, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Démocratique du Congo dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Kinshasa ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

Article 13

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussitôt que possible à Kinshasa.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé pour une durée indéterminée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. A l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) En ce qui concerne les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les articles 1 à 12 resteront encore applicables pendant quinze ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

GESCHEHEN zu Bonn am 18. März 1969 in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Brandt
Bundesminister des Auswärtigen

Für die Demokratische Republik Kongo
Bomboko
Staatsminister für Auswärtiges, Zusammenarbeit, Außenhandel und Wirtschafts- und Finanzkoordinierung

FAIT à Bonn, le dix-huit mars mil neuf cent soixante-neuf, en quatre exemplaires, dont deux en langue française et deux en langue allemande, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République Démocratique du Congo
Bomboko
Ministre d'Etat chargé des Affaires étrangères, de la Coopération, du Commerce extérieur et de la Coordination des Affaires économiques et financières

Pour la République fédérale d'Allemagne
Brandt
Ministre des Affaires étrangères

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Kongo haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Zu Artikel 1

a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer der beiden Vertragsparteien von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrages.

b) Dieser Vertrag findet auf Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo nur Anwendung, wenn die Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit den geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften über ausländische Kapitalanlagen schriftlich zugelassen worden sind. Die kongolesische Regierung wird solche Zulassungsanträge wohlwollend prüfen.

(2) Zu Artikel 2

a) Als Betätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: Die Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2.

b) Bei der Zulassung einer Kapitalanlage deutschen Ursprungs müssen die Bestimmungen des Artikels 2 Absatz 3 ausdrücklich in die Zulassungsurkunde aufgenommen werden.

c) Artikel 2 Absatz 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(3) Zu Artikel 3

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

(4) Zu Artikel 4

Als „Liquidation" im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

(5) Zu Artikel 6

Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

Protocole

Lors de la signature du Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, conclu entre la République Démocratique du Congo et la République fédérale d'Allemagne, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité:

(1) Ad Article 1er

a) Les investissements effectués conformément à la législation d'une des deux Parties Contractantes par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante, jouiront de la protection intégrale du présent Traité.

b) N'entrent dans le champ d'application du présent Traité que les investissements sur le territoire de la République Démocratique du Congo qui auront fait l'objet d'une agréation écrite conformément aux lois et règlements en vigueur en matière d'investissements étrangers. Le Gouvernement congolais examinera avec bienveillance de telles demandes d'agréation.

(2) Ad article 2

a) Seront considérés comme activité au sens du paragraphe 2 de l'article 2 notamment, mais pas exclusivement, l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement. Seront considérées notamment comme « traitement moins favorable » au sens du paragraphe 2 de l'article 2: toute restriction à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant un effet analogue. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne sont pas considérées comme « traitement moins favorable » au sens de l'article 2.

b) Lors de l'agréation d'un investissement d'origine allemande, les termes repris à l'article 2 alinéa 3 devront nécessairement et expressément figurer dans l'acte de cette agréation.

c) Le paragraphe 2 de l'article 2 ne s'applique pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en qualité de salarié.

(3) Ad article 3

Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 sont également applicables au passage d'un investissement de capital en propriété publique, à sa mise sous contrôle public ou aux interventions analogues des autorités publiques. On entend par « expropriation » le retrait ou la limitation de tout droit de propriété qui, seul on conjointement avec d'autres droits, constitue un investissement de capital.

(4) Ad article 4

Est également considérée comme « liquidation » au sens de l'article 4 toute alinéation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement.

(5) Ad article 6

Est considéré comme effectué « sans délai » au sens du paragraphe 1 de l'article 6, tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une requête y relative et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(6) Zu Artikel 8

a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die ursprüngliche Kapitalanlage.

b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(7) Im Rahmen dieses Vertrages und unbeschadet der durch besondere zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte geregelten oder noch zu regelnden Bereiche, wird jede Vertragspartei alle Maßnahmen unterlassen, die geeignet sind, die Freiheit der Investoren hinsichtlich der Auswahl der Transportunternehmen zu beschränken oder zu behindern.

(6) Ad article 8

a) Les revenus des capitaux investis et en cas de réinvestissement, les revenus de ce réinvestissement jouiront de la même protection que l'investissement initial.

b) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme ressortissant d'une Partie Contractante toute personne qui possède un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie Contractante en question.

(7) Dans le cadre du présent Traité et sans préjudice des matières régies ou à faire régir par des Accords particuliers bilatéraux ou multilatéraux, chaque Partie Contractante s'abstiendra de toute mesure susceptible de limiter ou d'entraver la liberté de choix des investisseurs en ce qui concerne les sociétés de transport.

GESCHEHEN zu Bonn am 18. März 1969 in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Brandt

Bundesminister des Auswärtigen

Für die Demokratische Republik Kongo

Bomboko

Staatsminister für Auswärtiges, Zusammenarbeit, Außenhandel und Wirtschafts- und Finanzkoordinierung

FAIT à Bonn, le dix-huit mars mil neuf cent soixante-neuf, en quatre exemplaires, dont deux en langue française et deux en langue allemande, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République Démocratique du Congo

Bomboko

Ministre d'Etat chargé des Affaires étrangères, de la Coopération, du Commerce extérieur et de la Coordination des Affaires économiques et financières

Pour la République fédérale d'Allemagne

Brandt

Ministre des Affaires étrangères

Der Staatsminister
für Auswärtiges,
Zusammenarbeit, Außenhandel
und Wirtschafts- und
Finanzkoordinierung

Bonn, den 18. März 1969

Herr Minister,

Unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Demokratischen Republik Kongo und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Demokratische Republik Kongo deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Demokratische Republik Kongo einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen."

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bomboko

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
Herrn W. Brandt
Bonn

Le Ministre d'Etat
chargé des Affaires étrangères,
de la Coopération, du Commerce
extérieur et de la Coordination
des Affaires économiques et
financières de la République
Démocratique du Congo

Bonn, le 18 mars 1969

Monsieur le Ministre,

Me référant au Traité signé ce jour entre la République Démocratique du Congo et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de vous faire savoir ce qui suit:

« Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République Démocratique du Congo accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands en République Démocratique du Congo, désireraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République Démocratique du Congo, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent. »

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer votre accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Excellence, l'expression de ma plus haute considération.

Bomboko

Son Excellence
le Ministre des Affaires
étrangères de la
République fédérale d'Allemagne
Monsieur W. Brandt
Bonn

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 18. März 1969

Herr Minister,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das — in Übersetzung — folgenden Wortlaut hat:

„Unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Demokratischen Republik Kongo und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Demokratische Republik Kongo deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Demokratische Republik Kongo einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden."

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis mit Vorstehendem mitzuteilen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Brandt

Seiner Exzellenz
dem Staatsminister
für Auswärtiges, Zusammenarbeit,
Außenhandel und Wirtschafts-
und Finanzkoordinierung
Herrn J. M. Bomboko
Bonn

Le Ministre des Affaires étrangères
de la République fédérale d'Allemagne

Bonn, le 18 mars 1969

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre de ce jour, rédigée comme suit:

« Me référant au Traité signé ce jour entre la République Démocratique du Congo et la République fédérate d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de vous faire savoir ce qui suit:

Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République Démocratique du Congo accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands en République Démocratique du Congo, désireraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République Démocratique du Congo, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer votre accord sur ce qui précède. »

J'ai l'honneur de vous confirmer mon accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Excellence, l'expression de ma plus haute considération.

Brandt

Son Excellence
le Ministre d'Etat
chargé des Affaires étrangères,
de la Coopération, du Commerce
extérieur et de la Coordination
des Affaires économiques et financières
de la République Démocratique du Congo
Bonn

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Maßnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für diesen Zweck aus dem Bundeshaushalt ist naturgemäß begrenzt. Deshalb ist die Bundesregierung bestrebt, private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu fördern. Zu diesem Zweck gibt sie Garantien, Steuervergünstigungen und Kredite. Diese Maßnahmen dienen gleichzeitig der Anregung des deutschen Kapitalexports und sonstigen wirtschaftspolitischen Interessen.

Private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern sind in besonderem Maße geeignet, zum wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder und zur Verstärkung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik beizutragen. Investitionen der privaten Wirtschaft führen in der Regel neben dem Zufluß von Geld oder Sachwerten auch gleichzeitig zur Vermittlung technischen Wissens und technischer Erfahrung durch geeignete Fachkräfte, die in den Entwicklungsländern besonders wertvolle Arbeit leisten. Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, daß mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird und daß das unternehmerische Risiko der Kapitalanlagen in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Die Anlage privaten deutschen Kapitals soll durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages besonders gefördert werden. Das ist das Ziel des vorliegenden Vertrages.

Der Vertrag trägt zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach können zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu Lasten des Bundes in der Regel dann übernommen werden, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit lehnt sich der deutsch-kongolesische Vertrag vom 18. März 1969 ebenso wie die mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen gleicher Art inhaltlich an die von der Bundesrepublik abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge an, soweit sie sich mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiet und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen. Darüber hinaus regelt der Vertrag sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage im Ausland von Bedeutung sind.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm sind ein Protokoll und ein Briefwechsel beigefügt.

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält den allgemeinen Grundsatz, daß Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei durch die andere Vertragspartei zugelassen und nach Möglichkeit gefördert, in jedem Falle aber gerecht und billig behandelt werden. Jede Vertragspartei wird Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Kapitalanlagen, die im Anwendungsbereich der Rechtsordnung einer Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz des Vertrages. Nach Nummer 1 Buchstabe b des Protokolls findet der Vertrag auf deutsche Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo nur Anwendung, wenn die Kapitalanlagen schriftlich zugelassen worden sind.

Zu Artikel 2

Artikel 2 verbietet eine diskriminierende Behandlung von Kapitalanlagen und von Staatsangehörigen oder Gesellschaften hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen. Zur Auslegung des Artikels 2 gibt Nummer 2 Buchstabe a des Protokolls Beispiele diskriminierender Maßnahmen. Nach Absatz 3 des Artikels 2 bleiben in Abweichung von der in Artikel 2 niedergelegten Inländerbehandlung Kredite und Steuervergünstigungen, die die Demokratische Republik Kongo ihren Staatsangehörigen zum Ausgleich der tatsächlichen Ungleichheiten zwischen deutschen und kongolesischen Investoren bevorzugt gewährt, unberührt, soweit diese Vorteile den Wettbewerb und die Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigen. Nach Nummer 2 Buchstabe b des Protokolls müssen jedoch diese Ausnahmebestimmungen von der Inländergleichbehandlung bei der Zulassung einer Kapitalanlage deutschen Ursprungs in die von der Demokratischen Republik Kongo auszustellende Zulassungsurkunde ausdrücklich aufgenommen werden.

Die Bestimmungen des Artikels 2 finden gemäß Nummer 2 Buchstabe c des Protokolls auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung. In einem Briefwechsel verpflichtet sich die Demokratische Republik Kongo jedoch, im Interesse der Erleichterung und Förderung deutscher Kapitalanlagen deutschen Staatsangehörigen, die eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen zu erteilen.

Zu Artikel 3

Nach diesem Artikel genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und Sicherheit. Enteignungen sind nur zulässig zum allgemeinen Wohl und gegen volle Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und unverzüglich geleistet werden muß. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nach-

geprüft werden können. Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Nummer 3 des Protokolls auch die Überführung der Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht und ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand.

Soweit Kapitalanlagen infolge bewaffneter Auseinandersetzung, Revolution, Aufruhr oder einer anderen Katastrophe Schaden erleiden, werden die Geschädigten hinsichtlich aller Entschädigungen nicht weniger günstig behandelt als die eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften.

Absatz 4 des Artikels 3 enthält eine alle Bestimmungen dieses Artikels umfassende Meistbegünstigungsklausel.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gewährleistet den Transfer des Kapitals, seiner Erträge und im Falle der Enteignung der Entschädigung. Im Falle der Liquidation wird nur der Transfer des Kapitals und der wiederangelegten Erträge gewährleistet, jedoch nicht weiterer Erlöse. Als Liquidation im Sinne des Artikels 4 gilt nach Nummer 4 des Protokolls auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

Für den Transfer der Zahlungen, die nach Artikel 3 Absatz 3 erfolgen, gilt die Meistbegünstigung.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Artikels 5 trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik sich ergebenden Erfordernissen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine in der Demokratischen Republik Kongo vorgenommene Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen. Die Bestimmungen des Artikels 4 finden auf Zahlungen, die aufgrund übertragener Rechte und Ansprüche zu leisten sind, Anwendung.

Zu Artikel 6

Artikel 6 legt fest, daß Transferierungen im Rahmen dieses Vertrages unverzüglich und zu dem Kurs zu erfolgen haben, der nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt. Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechnungskurs nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem Internationalen Währungsfonds ausgetreten ist oder die nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds vorgesehene Parität zum Gold noch nicht festgesetzt hat, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegte Kurs oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden.

Protokollnummer 5 bestimmt die unter dem Ausdruck „unverzüglich" zu verstehenden Fristen.

Zu Artikel 7

Artikel 7 Absatz 1 regelt das Verhältnis der Bestimmungen dieses Vertrages zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften; diese gehen vor, soweit sie eine günstigere Behandlung der Kapitalanlage als der vorliegende Vertrag vorsehen.

Von besonderer Bedeutung ist Absatz 2, nach dem jede Art von Verpflichtungen, die eine Vertragspartei in bezug auf eine den Bestimmungen dieses Vertrages unterliegende Kapitalanlage übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, einzuhalten ist; die Verletzung einer solchen Verpflichtung stellt hiernach zugleich eine Verletzung der durch den vorliegenden Vertrag übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen dar.

Zu Artikel 8

In Artikel 8 werden die im Vertrag verwendeten Bezeichnungen „Kapitalanlagen", „Erträge", „Staatsangehörige" und „Gesellschaften" definiert.

Nummer 6 Buchstabe a des Protokolls stellt klar, daß Erträge aus den Kapitalanlagen und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge den gleichen Schutz wie die ursprüngliche Kapitalanlage genießen.

Nummer 6 Buchstabe b des Protokolls behandelt den Nachweis der Staatsangehörigkeit.

Zu Artikel 9

Nach Artikel 9 gelten die Bestimmungen des Vertrages auch für Kapitalanlagen, die schon vor dem Inkrafttreten vorgenommen worden sind, sofern ein entsprechender Antrag vom Investor ausdrücklich gestellt und genehmigt worden ist.

Zu Artikel 10

Falls Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des Vertrages nicht durch diplomatische Verhandlungen beigelegt werden können, ist jede Vertragspartei berechtigt, ein zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Bildung und Zusammensetzung des Schiedsgerichts und gibt diesem Gericht das Recht, sein Verfahren selbst zu bestimmen.

Zu Artikel 11

Die Vertragsparteien vereinbaren, den Schutz von Kapitalanlagen auch für den Fall von Auseinandersetzungen zu gewährleisten. Zulässig bleiben jedoch vorübergehende Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts gestattet sind.

Zu Artikel 12

Der Artikel enthällt die übliche Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin.

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt zehn Jahre; eine automatische Verlängerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere fünfzehn Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll bringt sieben Nummern Erläuterungen und bindende Auslegungen zu dem Vertrag. Abgesehen von den unter den Artikeln 1, 2, 3, 4, 6 und 8 bereits erwähnten Bestimmungen enthält es in Nummer 7 eine Verpflichtung der Vertragspartner, alle Maßnahmen zu unterlassen, die geeignet sind, die Freiheit des Investors hinsichtlich der Auswahl der Transportmittel zu beschränken oder zu behindern.

Zum Briefwechsel

Zum Vertrag gehört ein Briefwechsel, der unter Artikel 2 des Vertrages erläutert worden ist.

Bu 012024 2. 70